

Soziokultur in Ostdeutschland

Tobias J. Knoblich

6.5.2003

Kultur war in der DDR stark gesellschaftlich orientiert. Diese Tradition wird in Ostdeutschland heute nicht mehr staats-, sondern bürgernah verstanden. Beispiele sind die Soziokulturellen Zentren.

I. Avantgarde und Zonenkinder - Zuschreibungen an die ostdeutsche Herkunft

Je weiter die DDR als gesellschaftlicher Erfahrungsraum entrückt ist, je länger all jene, die aus ihr stammen, von den neuen Verhältnissen überformt und geprägt werden, desto deutlicher scheint das Bild einer ostdeutschen Mentalität hervorzutreten. Die DDR ist untergegangen, die Strukturen und Institutionen des politischen und sozialen Lebens haben sich rasant verändert, doch das komplexe, "gelernte" Verhältnis von Lebensweise und Werthorizont reproduziert noch immer Gemeinsamkeiten, die bei allen Modernisierungen und demographischen Verschiebungen ostdeutsche Individuen erkennbar machen. Der Plural "die Ostdeutschen", der die wahrnehmbare Einheit in Differenz hervorhebt, unterscheidet sich dabei grundsätzlich vom Abgrenzungskürzel "Ossi". Der "Ossi" verkörpert die typisierte Mischung mehr oder minder verschrobener DDR-Eigenschaften, der Ostdeutsche hingegen eine soziologische Kategorie, mit der - wie Wolfgang Engler zeigte - sehr differenziert die Entwicklung einer Population beschrieben werden kann.[1] Zwar haben sich auch im Osten neue Lebensstile ausgeprägt, doch über all dem steht eine gemeinsame Haltung, die letztlich mehr eint als unterscheidet.

In den vergangenen Jahren ging es vordergründig um die Bewältigung von Transformationen, die den Ostdeutschen ein Höchstmaß an Neuorientierung und oftmals auch an Frustration abverlangten. So mussten sich sämtliche DDR-Generationen mit der Deformationsthese auseinander setzen, nach der alle in der DDR Sozialisierten Schwierigkeiten hätten, demokratiefähig zu sein. Das Wort "Beitritt", das in der Rede über die Wiedervereinigung immer etwas unangenehm heraussticht, hatte stets auch die Konnotation von Gleichschritt, der jedoch von vielen Ostdeutschen nur mühsam zustande gebracht werden konnte. Inzwischen aber hört man verstärkt Stimmen, die sehr selbstbewusst mit den "Wegen aus der DDR" umgehen und uns zeigen, dass sich hinter vermeintlicher Holprigkeit auch Eigenschaften verbergen, deren Einsatz heute für ganz Deutschland nützlich sein könnte.

Die Ostdeutschen etwa als "Avantgarde" zu charakterisieren, wie es Wolfgang Engler tat, kann als Aufwertung jener Leistungen verstanden werden, die im Transformationsprozess häufig als notwendige Anpassung verharmlost wurden. Der "Auszug aus der Arbeitsgesellschaft"[2] hat im Osten ein Ausmaß erreicht, das mit bloßer Anpassung nur zynisch beschrieben wäre; dass zugleich ein Höchstmaß an sozialen Umgangsformen weiterlebt und nach Bestätigung verlangt, kennzeichnet Menschen, denen Verantwortung in der Gemeinschaft nicht nur eine theoretische Forderung ist. Es ist genau jenes soziale Kapital, das die oft floskelhafte Rede vom bürgerschaftlichen Engagement heraufbeschwört, aber häufig nicht zu aktivieren versteht. Avantgarde bleibt bei aller positiven Zuschreibung jedoch eher ein Hoffungsbegriff. Die Ostdeutschen brechen - ausgestattet mit

bestimmten Eigenschaften - zu neuen Ufern auf; ob sie dabei ein Stück Zukunft positiv zu gestalten vermögen, bleibt offen.

Auch der mehrdeutige Begriff "Zonenkinder", wie ihn Jana Hensel einbrachte,^[3] beinhaltet eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Anteil der DDR in der Biographie. Bei ihr geht es um jene, für die die "Wende" so früh kam, dass die schwerwiegenden Entscheidungen, die sie für das System vereinnahmten oder in kritische Distanz zu ihm bringen konnten, nicht mehr stattfanden. Jana Hensel schrieb ihr Buch zu einem Zeitpunkt, da sich ihre Lebensanteile in der DDR und im vereinigten Deutschland die Waage hielten. "Zonenkinder" sind so gesehen jene, die nicht mehr gänzlich in der DDR und noch nicht vollständig im Westen geprägt wurden: Sie wurden in der Zone dazwischen erwachsen und schauen auf eine immer schneller entschwindende Erinnerung an ein Land, in dem sie trotz kritischer Einwände Heimat erkennen. Dieses Land hat ihnen Eigenschaften mitgegeben, die in der Phase des Übergangs ihre Persönlichkeit mitformen. "Zonenkinder" sind Menschen, die ganz selbstverständlich unter den neuen Bedingungen leben, studieren und so klar wie keine Generation vor ihnen die Unterschiede zwischen Ost und West erkennen und Brücken zu bauen imstande sind. Sie tragen das kleine Stück DDR wie ein wunderliches Fossil mit sich, immer auch im Konflikt, über eine Kindheit zu verfügen, die im vorletzten Jahrhundert zu liegen scheint. Doch ihr Urteilsvermögen ist nie gänzlich zu trennen von jenem ersten "Boden unter ihren Füßen"^[4].

An diesen beiden Selbstbeschreibungen - "Avantgarde" für die Bewältigung epochaler Umbrüche und "Zonenkinder" für die Erfahrung unterschiedlicher politischer Kulturen - wird deutlich, dass eine einseitige Überformung bzw. Interpretation der DDR-Erfahrungen weder möglich noch wünschenswert ist, weil die individuellen Prägungen nicht gleichzusetzen sind mit einem staatlichen Gebilde, das in kürzester Zeit von der politischen Agenda verschwinden kann. Doch allzu oft wurden die Menschen im Osten von einer vorprogrammierten Veränderung ergriffen - ohne Chance, den erstrittenen Umschwung mitzugestalten, ihr bisheriges Leben plötzlich anders denn als ein bloßes Museum zu betrachten. Im Bereich der bürgernahen Kulturarbeit hingegen gibt es eine Entwicklung, die als positives Beispiel "deutsch-deutscher" Annäherung hervorgehoben zu werden verdient. Sie ist nicht abgeschlossen, sondern bedarf im Gegenteil einer stärkeren Zuwendung als bisher.

II. Soziokultur - "Wiedervereinigung" bürgernaher Kulturarbeit in Ost und West

Wenn es im kulturellen Bereich nach 1990 ein wirkliches Experimentierfeld gegeben hat, dann jenes, das zur Etablierung einer ostdeutschen Soziokultur führte. Was hier im Kontext der Vereinigung zusammenwachsen sollte, hätte auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein können: Mit dem Kunstbegriff "Soziokultur" fasste man im Westen eine ausgesprochen staatsferne und -kritische Kulturpraxis, deren Strukturmerkmale mit Begriffen wie "Basisdemokratie" und "Selbstorganisation" zu beschreiben wären. Im Osten hingegen traten Anwärter für Soziokultur in die Öffentlichkeit, die zuvor in staatlicher Trägerschaft gewesen waren oder aber gerade im Trubel des Umbruchs jene Freiheit probten, die sie zuvor eher im Untergrund oder überhaupt erstmalig für sich beanspruchen konnten. So gesehen gab es eigentlich gar nichts "wieder zu vereinigen" auf diesem Gebiet, da die Praxis beider Systeme trotz gemeinsamer Vorläufer und am Ende vergleichbar "weiter" Kulturbegriffe als jeweils einmalig zu bezeichnen wäre.

Hatte im Westen Soziokultur etwas mit kultureller Demokratisierung zu tun, mit der jenseits institutionalisierter, vor allem an Kunstkultur interessierter Kulturpolitik zumal jene Einrichtungen und Initiativen ihr Recht beanspruchen, die etwa im Stadtteil kreativ und beteiligungsorientiert wirken wollten, hatte die DDR-Führung kulturelle Demokratisierung hingegen als Mittel der Persönlichkeitsformung auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft gefordert. Erstrittene Kommunikations- oder Soziokulturelle Zentren und Kulturläden also auf der einen Seite, Kulturhäuser, -paläste oder Klubs auf der anderen; Initiativen oder freie Trägerschaft im Westen, staatliche Trägerschaft oder Untergrund im Osten.

Bedeutete Vereinigung in vielen Bereichen tatsächlich nur "Beitritt Ostdeutschlands" und ließ so gut wie keine Spielräume für Experimente, so provozierte sie in der Soziokultur hingegen Veränderungen auf beiden Seiten. Ausgeklammert wird damit zunächst die Bewertung der Entwicklung der westdeutschen Soziokultur im letzten Vorwendejahrzehnt, in dem nach Auffassung von Kritikern ein großer Teil ihres ursprünglich gesellschaftskritischen Agierens zugunsten einer bloßen kulturellen Praxis in den Hintergrund getreten ist.^[5] Auch die DDR-Praxis müsste man für eine genauere Bestandsaufnahme präziser bewerten, denn hier scheint gerade zum Ende hin ein zunehmender Verlust staatlicher Kontrolle und unter der Hand eine Umdeutung breitenkultureller Praxis eingesetzt zu haben. Möglicherweise war gerade dies auch für die Akteure beider Seiten ein Grund, die "Wende" als Mandat zu begreifen, die eigene Praxis zu hinterfragen und einen wirklichen Dialog zu suchen, an dem beide Seiten wachsen konnten.

Was zunächst also nicht viel mehr als die Übernahme einer in der DDR unbekannteren Spartenbezeichnung zu sein schien, geriet in der Praxis zu einem Prozess der Aushandlung bürgernaher, kleinteiliger Kulturarbeit, mit dem sowohl Erbe und Defizite aus der Breitenkultur der DDR in Ansätzen aufgearbeitet als auch die Praxis der Altbundesländer ausgesprochen kritisch adaptiert werden konnten. Wie in keiner anderen kulturellen Sparte war in diesem Bereich ein Höchstmaß an Umdeutung, Selbstverwirklichung und Neuanfang möglich, weil die jüngste und formbarste Institutionalisierung der westdeutschen Kulturlandschaft gleichsam als Schablone diente: die Soziokulturellen Zentren. Selbst erst im "langen Marsch" durch die Institutionen einigermaßen gefestigt und infolge der Herkunft vieler Protagonisten aus den Neuen Sozialen Bewegungen sehr selbstkritisch,^[6] waren sie - programmatisch in jedem Falle - auf der Hut vor Erstarrung in einem notwendig fluide zu haltenden Entwicklungsstrom der Gesellschaft.

Szenarien, in denen sich Soziokultur als Motor von Veränderungen erweisen konnte, mussten ihnen also gelegen kommen - hatten sie doch selbst im Zuge von Protestbewegungen zu einer kulturellen "Neumöblierung der Stadt" beigetragen und neben den eher "bürgerlichen" Kultureinrichtungen der großen Selbstspiegelung (Theater, Oper) oder der Erinnerung (Museen) Zentren der aktiven Gestaltung und politischen Bildung geschaffen (Kommunikations- und Stadtteilzentren, später Soziokulturelle Zentren). Auf diese Weise standen sie an der Spitze gesellschaftlich notwendiger Veränderungen und verkörperten eine neue Form von Befähigungsstrategie. Die "Wende" konnte folglich zeigen, dass sie noch immer wussten, wie mit Veränderung verantwortlich umzugehen sei und welche Themen oder Organisationsformen auf die Agenda eines demokratischen Ostdeutschlands gehörten. Auch der Grad ihrer verbandlichen Organisation war alles andere als komplex und wandlungsunfähig.

Es begegneten sich also auf diesem Feld nach der Wiedervereinigung mehrheitlich Akteure, für die Kultur nicht in erster Linie durch die großen Koordinaten der Geschichte und Politik vorgegeben,

sondern zur demokratischen Ausgestaltung vor Ort einfach gemacht werden sollte. Was sie grundsätzlich unterschied, war freilich der jeweilige gesellschaftliche Hintergrund und ihre Sozialisation. Es gab hier jedoch viel weniger Irritationen oder sie fielen ungleich harmloser aus als die Auseinandersetzungen, die in anderen Arenen der deutsch-deutschen Vereinigung ausgetragen wurden. Vor allem waren die Biographien der West-Akteure mehrheitlich so beschaffen und mit der Durchsetzung selbstorganisierter Zentren verwoben, dass sie die Ost-Akteure nicht mit einem errungenen Status konfrontierten.^[7] Soziokultur zu machen blieb auch für sie immer ein Weg, nie nur die Verteidigung eines erreichten Ziels, wenn viele von ihnen auch inzwischen in festen Häusern arbeiteten. Die Vielfalt ostdeutscher Ansätze und Ausgangspunkte war insofern nie ein Dilemma.

III. Alternative Kultur und politische Anerkennung

Als vorteilhaft für die beiderseitige Arbeit an einer gesamtdeutschen Soziokultur kann die knapp vor der deutschen Einheit (im April 1990) von der Bundesregierung beantwortete Große Anfrage der SPD zur Bedeutung der Soziokultur gewertet werden.^[8] Nicht nur, dass auf diese Weise von der Bundesregierung höchstselbst eine recht detaillierte Beschreibung des Wesens und der Ziele von Soziokultur - und damit eine längst überfällige Anerkennung - in den öffentlichen Diskurs eingebracht wurde, vielmehr wies diese Verlautbarung auch auf die mögliche Rolle der Soziokultur bei den Veränderungen im künftigen Ostteil des Landes hin: "Die politischen Veränderungen in der DDR eröffnen neue Chancen und Wege der Zusammenarbeit auch im kulturellen Bereich. Angesichts der notwendigen Stärkung einer dezentralen Kulturpolitik und soziokulturellen Arbeit ist die Bundesregierung bereit, durch die Förderung besonderer Modelle zur Qualifizierung und Beratung hierzu einen Beitrag zu leisten."^[9]

Genau dies passierte schließlich auch und begünstigte die Entstehung einer soziokulturellen Infrastruktur im Osten. Förderpolitisch gab es schon seit 1988 den aus Bundesmitteln gespeisten Fonds Soziokultur, aus dem innovative, aber zeitlich befristete Vorhaben (Projekte) unterstützt wurden und werden. Für Ostdeutschland aber ist der Oktober 1991 ein wichtiges Datum. Zu diesem Zeitpunkt nämlich trafen sich im brandenburgischen Künstlerheim "Bettina von Arnim" mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern Expertinnen und Experten aus den alten und den neuen Bundesländern, um über Zustand und Zukunft der Soziokultur zu beraten. Ein Ergebnis dieser Beratung war die "Wiepersdorfer Erklärung",^[10] in der u. a. eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive Soziokultur gefordert wurde. Diese hatte nicht nur eine wichtige Signalwirkung für die Förderpolitik der Bundesländer, sondern nahm auch den Bund in seine bereits selbst eingeräumte Pflicht. Im Freistaat Sachsen beispielsweise wurde eine Legislaturperiode lang ein "Strukturförderprogramm Soziokultur" aufgelegt, das vor allem eine institutionelle Anschubfinanzierung ermöglichen sollte. Gleichzeitig wurde aus diesem Programm ein Modellprojekt des Bundesministeriums für Forschung, Wissenschaft und Technologie mitfinanziert, auf dessen Grundlage ein umfassendes Weiterbildungskonzept umgesetzt werden konnte. Es hieß "Soziokultur-Management" und diente der komplexen Weiterbildung von Mitarbeitern ganzer Einrichtungen. Entwickelt und durchgeführt wurde diese Maßnahme vom zuständigen Landesverband (LAG Soziokultur Sachsen e. V.) in Kooperation mit der Technischen Universität Dresden.^[11]

Die von der Bundesregierung unter maßgeblicher Zuarbeit der einschlägigen Kulturverbände aufgestellte "Definition" fand in der Folge eine inflationäre und variantenreiche Anwendung. Fast auf den Wortlaut genau findet man sie in vielen einschlägigen Förderrichtlinien wieder. Soziokultur als "feste Größe im kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland" erkennt man demnach etwa an ihrer sparten- und generationsübergreifenden kulturellen Arbeit mit sozialen Bezügen, die kommunikationsfördernd wirken, sowie an ihrer Verzahnung von Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit vor allem im Bereich politisch und gesellschaftlich relevanter Themen. Mehr noch, Soziokultur - so heißt es - erleichtere den Zugang zu Kunst und Kultur für alle, beziehe die alltägliche Lebenswelt mit ein und trage zur Ausdifferenzierung der künstlerischen Praxis jenseits traditioneller Institutionen bei. Allerdings unterstrich auch die Bundesregierung den Experimentalcharakter soziokultureller Arbeit und räumte ein, dass möglicherweise nicht jeder Beitrag von Bestand sein könnte.^[12] Das Experiment konnte also auf hohem und anerkanntem Niveau weitergehen, und Ostdeutschland beteiligte sich sehr rasch an ihm.

IV. Entstehungsbedingungen ostdeutscher Soziokultur

Die Bedingungen für die Akteure der neuen Bundesländer, dem Transformationsprozess soziokulturelle Einrichtungen abzugewinnen, standen demzufolge günstig:

- Es gab bereits eine aus kritischen Milieus generierte und verstetigte Kulturarbeit, die als Strukturziel eines Umbaus der DDR-Breitenkultur gelten konnte. Eine mit der Alt-Bundesrepublik vergleichbare Zielgröße war ein wichtiges Kriterium für den Transformationserfolg und die Durchsetzung legitimer Fördersegmente. Das legte auch die strukturelle Anpassung der öffentlichen Verwaltung in den neuen Bundesländern und die damit verbundene Dominanz westlichen Verwaltungspersonals nahe: Breitenkultur als Fördertatbestand wäre ungleich schwerer durchsetzbar gewesen als die inzwischen etablierte Soziokultur. Dass sich hinter identischen Begriffen keine identische Praxis verbergen muss, versteht sich dabei von selbst.

- Es gab tatsächliche inhaltliche Entsprechungen zwischen den Praxisfeldern Ost und West, die frühzeitig einen produktiven Austausch und Dialog zwischen Soziokulturakteuren und "Struktursuchenden" förderten. Einige Protagonisten der ersten Stunde kamen selbst in den Osten, nahmen entweder Schlüsselpositionen in der Verwaltung ein oder gaben durch ihre Mitarbeit neuen soziokulturellen Initiativen ihre Prägung. Dies setzte nicht nur eine inhaltliche Debatte mit in Gang, sondern förderte auch eine beschleunigte Strukturbildung. Entsprechend schnell gründeten sich Landesverbände. Gab es in den alten Ländern zuerst einen Bundesverband, dem nach und nach die Etablierung von Landesverbänden folgte, so wuchsen hier gleichsam organisch mit den neuen Ländern auch die Verbände.^[13]

- Schließlich gab es einen kulturpolitisch günstigen Rahmen: Zumal der Soziokultur wurden Potenzen beim demokratischen Aufbau Ostdeutschlands zugewiesen. Der "Kulturartikel" (Art. 35) im Einigungsvertrag sprach - zumindest implizit - vom Erhalt einer kulturellen Substanz, die sich auch am "weiten Kulturbegriff" in Ost und West messen lassen müsse.^[14] Die neuen Länder haben das weitgehend erkannt und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten zumindest anfangs recht viel für Substanzerhalt und Neubildung einer entsprechenden Infrastruktur getan.

- Letztlich konnte inzwischen auch gezeigt werden, dass den soziokulturellen Akteuren Ost durch ihre biographischen Wege in der DDR und die Art und Weise, wie sie in das Transformationsfeld Soziokultur gerieten und dieses mitgestalteten, ein "Aktivitätspotenzial" zugeschrieben werden kann, das sie den Protagonisten West schnell nahe brachte. Ihnen ging es mehrheitlich nicht um ein Festhalten, sondern um die "selbstinitiierte Neuauslegung der gesellschaftlichen Zustände"[15]. Die Präferenzen dazu brachten sie aus der DDR und ihrer Reibung an deren Bedingungen für das Kulturschaffen mit.

Das, was schließlich unter dem Begriff "Soziokultur" in Ostdeutschland zusammengefasst wurde, ist wesentlich heterogener als die Praxis der alten Bundesländer unter derselben Bezeichnung. Es ist sicher richtig, wenn Norbert Sievers diesem Konglomerat eine wichtige "Integrationsfunktion" zuschreibt,[16] die sowohl die Umstrukturierung überkommener ("gewendeter") Einrichtungen ermöglicht als auch Raum für neue, die gewonnene Unabhängigkeit erprobende Initiativen bietet, die wie einst die Protagonisten im Westen Industriebrachen oder alte Villen mit alternativem Geist erfüllen. Diese Sonderfunktion kommt einer neuen Bedeutungsebene des Begriffs "Soziokultur" gleich, die auch seine weitere Verwendung bestimmen wird. Die Genese einer Praxis hat immer entscheidende Auswirkungen auf die Bedeutung des sie widerspiegelnden Begriffs; er bricht auf in verschiedene Facetten.[17]

Besonderes hervorzuheben ist die für eine demokratische Neuorientierung im Osten Deutschlands wichtige Beobachtung, dass auch in der Soziokultur die einst Marginalisierten entscheidende Beiträge für die Rückgewinnung eines selbst gestalteten Gemeinwesens erbringen. Ich möchte dies an einem Beispiel aus der Oberlausitz illustrieren:

Die Gemeinde Großhennersdorf mit etwa 1 600 Einwohnern, gelegen im sächsisch-polnisch-tschechischen Dreiländereck, war in der DDR geprägt von Landwirtschaft und Textilindustrie. Die periphere Lage bestimmte die Gegend auch als Standort einer der großen Behinderteneinrichtungen der DDR mit etwa 350 Insassen. Diese Einrichtung, die nicht zuletzt infolge kirchlicher Trägerschaft ein Ort alternativer Beschäftigung wurde, stellte für viele aus oppositionellen Zusammenhängen stammende Menschen eine letzte Bindung an die DDR dar - eine letzte Zuflucht vor der Ausreise. Nach der politischen Wende jedoch gingen von diesen Menschen ganz zentrale Impulse aus für die Gestaltung des Gemeinwesens, freilich verbunden mit der Intention, das wiedergewonnene freie Leben mit öffentlichem Wirken zu verquicken. Sie befassten sich mit Themen wie Umwelt, interkultureller Begegnung oder politischer Bildung, erwarben Immobilien, trugen zur dörflichen Erneuerung von vernachlässigten Objekten bei und schufen ein Netzwerk neuer Kompetenzen, neuen Sinns, während die ursprünglichen Gewerbebezüge in die Bedeutungslosigkeit sanken. Ganz nebenbei bezogen sie auch die Behinderteneinrichtung in ihre Arbeit ein und lösten sie aus ihrer einstigen gesellschaftlichen Randlage.

Der Begriff "Soziokultur" ist erst später hinzugekommen, er wurde zur Klammer einer Kulturpraxis, die ganz selbstverständlich aus der Erfahrungssituation der Akteure entstanden war. Großhennersdorf wurde so zu einer "soziokulturellen Gemeinde", getragen vom "Begegnungszentrum im Dreieck e. V." und seinen Partnerinitiativen, die gerade im Hinblick auf die EU-Osterweiterung eine ganz zentrale und bisher weitgehend fehlende Basisarbeit der Verständigung aufbauen.

V. Wirkung ostdeutscher Soziokultur und Bürgergesellschaft

Diese Etablierung der Soziokultur in Ostdeutschland kommt einer kleinen, stillen Revolution gleich, wenn auch gegenwärtig eine Kulturpolitik um sich greift, die jene Erfolge offenbar nicht mehr recht zu schätzen weiß.^[18] Dabei sind es Basisinitiativen wie jene in Großhennersdorf, die ein Leitbild zur Etablierung einer angemessenen Förderpolitik abgeben sollten. Zwar geht Soziokultur im Osten nicht vollständig in der neu entstandenen freien Kulturszene auf, doch hat sie bzw. haben ihre Akteure einen erheblichen Beitrag zur Gestaltung des Übergangs und zur Kompensation entstandener Defizite geleistet. Darauf bezieht sich in bemerkenswerter Weise die Antwort auf die zweite Große Anfrage in der Geschichte der Soziokultur, welche die Bundesregierung im August 2000 gegeben hat.^[19] Darin werden die Auswirkungen der Soziokultur auf den gesellschaftlichen Transformationsprozess als erheblich eingeschätzt. Maßgeblich dafür sei der "aus freiheitlichem und demokratischem Gedankengut sowie dem Bestreben nach Selbstgestaltung entwickelte Ansatz für die soziokulturelle Arbeit und die Organisation der Einrichtungen"^[20].

De facto entstand eine breite Angebotspalette, die in kultureller Hinsicht zu einem Abfedern von Problemen des Systemwechsels beitragen konnte. Im Unterschied zu den zweifelsfrei einigungstauglichen "bürgerlichen" Kultureinrichtungen (Theater, Museen etc.) leistete die Soziokultur einen großen Beitrag zur Lösung der Probleme des Sozialraumes, indem sie der schnell einsetzenden Vereinzelung und "nachholenden Individualisierung" mit Hilfe des Aufbaus sozialer Netzwerke wieder Ansätze von Gemeinschaft entgegensetzte. Das gilt insbesondere für die "generationsübergreifenden Angebote für Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene aller sozialen und gesellschaftlichen Schichten". Ihnen und all jenen, die sie als Orte künstlerischer Betätigung oder gesellschaftspolitischer Diskussionen im Kontext etwa der Friedens- oder Umweltbewegung nutzten, gaben die soziokulturellen Angebote in einer sich rasch wandelnden, schwierigen sozialen Wirklichkeit die Möglichkeit, "sich zu Hause fühlen zu können"^[21].

So unterschiedlich diese Initiativen förderpolitisch auch begleitet werden - im Grundsatz sind die soziokulturellen Einrichtungen nach Einschätzung der Bundesregierung voll in die kulturelle Infrastruktur der neuen Länder integriert und finden auch breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Grundsätzlich ist in allen neuen Bundesländern eine Förderung soziokultureller Vorhaben (ob projektbezogen, investiv oder institutionell) auf Landesebene vorgesehen. In der qualitativen Bewertung durch die jeweiligen Landesregierungen wird deutlich, dass der Soziokultur in Ostdeutschland eine erweiterte gesellschaftspolitische Bedeutung zugewiesen wird. So betonen insbesondere das Land Brandenburg und die Ostberliner Bezirke die Bedeutung von Soziokultur für Jugendliche und deren aktive Einbindung in kulturelle Zusammenhänge. Der Anteil an Kinder- und Jugendkulturarbeit in soziokulturellen Angeboten fällt in den Ostländern nachweislich wesentlich höher aus,^[22] folglich auch die Erwartung an die Übernahme bestimmter Aufgaben und die Erfüllung von Qualitätsstandards, die durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und die von den Landesjugendämtern herausgegebenen Empfehlungen bestimmt werden. Auch in Sachsen bilden jugendhilfliche Angebote in soziokulturellen Einrichtungen ein ausgesprochen wichtiges Feld,^[23] das auf Verbandsebene von einem Sozialpädagogen begleitet wird.

Diese spezifische Entwicklung und Anerkennung der Soziokultur in Ostdeutschland zeigt aber auch, dass bestimmte, in der DDR-Kulturpolitik und -gesellschaft bewahrte Eigenschaften in neuer Gestalt fortleben: etwa die protestantisch-preußische Tradition, nach der Kulturarbeit auch durch die

Indienstnahme für Zwecke der sozialen Prävention legitimiert wird. Ungleich stärker als in der Soziokultur West lebt die Soziokultur im Osten von einem pädagogischen Impetus, so z.B. in der Jugendkulturarbeit. Auch mag die Erfahrung eine Rolle gespielt haben, dass Kultur in Zeiten großer politisch-gesellschaftlicher Brüche immer als erstes Heilmittel in Anspruch genommen worden ist.

Und so gleicht die Inbesitznahme verwaarloster Volkshäuser oder Werkshallen mit dem Zweck, die eigene Entfaltung mit der Gesundung des Gemeinwesens zu verbinden, jenen Nachkriegsbemühungen in der Sowjetzone: "Ruinen, Waschhäuser und Baracken wurden wie in Berlin oder in der Gartenstadt Falkenberg mit dem Volkshaus Bohnsdorf unmittelbar nach dem Krieg zu Spielhäusern oder Begegnungsstätten umgestaltet. In Erinnerung an die kulturellen Traditionen der Weimarer Republik und die Lebensreformbewegung nach 1900 knüpften sich in kürzester Zeit Selbsthilfenetze. Der Hunger nach geistigen Werten, entbehrte Möglichkeiten individueller Selbsterfahrung und ein lange unterdrückter Spieltrieb suchten nach Nahrung und Raum."[24]

Nun waren die Bedingungen nach 1989 nicht so krass wie nach dem Kriege, doch wurden die breitenkulturellen Einrichtungen den sich differenzierenden Bedürfnissen der DDR-Bevölkerung schon lange nicht mehr gerecht. "Die Hauptentwicklung der Kulturarbeit vollzog sich in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR jenseits der repräsentativen Staatsbauten in viel informelleren Zusammenhängen und eindeutig milieuzentriert."[25] Auch die Klubs, die im Gegensatz zu Kulturhäusern kleinteiligere Arbeit anboten, konnten nicht verhindern, dass der Rückzug in den privaten Raum zunahm. Man darf annehmen, dass dies nach dem Zusammenbruch der DDR die Bündelung von Interessen und die Nachhaltigkeit neuer Formen der Selbstorganisation erheblich beförderte.

Folgt man Wolfgang Engler, dann hat die "arbeiterliche Gesellschaft"[26] auf dem Weg in eine neue Zeit das erworbene Aufeinander-angewiesen-Sein nicht verloren und reproduziert es möglicherweise auch in dieser Form der bürgernahen Kulturarbeit, die immer auch nach dem Zweck und den Resultaten der gemeinsamen Mühe fragt, diese sehr ernst nimmt und sich mit einem reinen Selbstzweck des Unterfangens wohl kaum zufrieden geben würde. In seiner zweiten Studie, welche den Weg der Ostdeutschen über das Jahr 1989 hinaus weiterverfolgt, schreibt Engler: "Noch immer bringt der Osten Deutschlands Menschen hervor, die sich ihr soziales Urteilsvermögen trotz aller in die entgegengesetzte Richtung weisenden Tendenzen bewahrt haben, die durch ihren Habitus und ihr kulturelles Gedächtnis daran gehindert werden, die soziale Welt einzig aus jener Position wahrzunehmen und zu beurteilen, die sie selbst in ihr einnehmen, die gar nicht anders können, als die anderen zu sehen."[27]

In der Soziokultur Ostdeutschlands ist viel von diesem "sozialen Sinn" aufgehoben, der auch so etwas wie kulturelle Substanz verkörpert. Die Fokus-Studie etwa für die Stadt Halle hat gezeigt, dass es gerade die beteiligungsorientierte, auf "verbesserte Partizipation sowie Selbstorganisation der Bürger"[28] abhebende Kultur ist, welche die Menschen für ihre Stadt einnimmt und ihnen Zukunftsoptionen eröffnet. Auch wenn Wolfgang Thierse immer wieder die Notwendigkeit der höheren staatlichen Kulturfinanzierung im Osten hervorhebt, betont er die Rolle bürgernaher Kulturarbeit, welche Zentren "intergenerationeller Kulturvermittlung und der demokratischen Bürgergesellschaft"[29] anbiete.

Studien über Bürgerengagement verweisen gern auf die insbesondere in der Soziokultur aufgehobenen Ideen der Selbsthilfe und die hier gegebenen Chancen, soziales Kapital zu nutzen,[30] doch parallel zu dieser positiven Charakterisierung wird es gerade in Ostdeutschland immer

schwerer, die Basis- und Projektfinanzierung für derartige Einrichtungen und Initiativen sicherzustellen. Kultur- und förderpolitisch angezeigt wäre unbedingt eine Offensive zur Unterstützung dieser bürgennahen, niedrigschwelligen Kulturarbeit, um Transformationserfolge fortsetzen und Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Probleme entwickeln zu können. Bürgerengagement in Ostdeutschland braucht ein besonders stabiles Fundament.

Fußnoten

1. Vgl. Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 2000.
2. Ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002, S. 196.
3. Vgl. Jana Hensel, Zonenkinder, Reinbek 2002.
4. Ebd., S. 14.
5. Vgl. Tobias J. Knoblich, Das Prinzip Soziokultur - Geschichte und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2001, S. 7ff.
6. Vgl. Joachim Schulze, Soziokulturelle Zentren - Stadterneuerung von unten, Essen 1993.
7. Vgl. Albrecht Göschel, Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen, Essen 1995: "Kultur als Suche nach einer Lebenswelt der Nähe und gefühlsgetragenen Sozialbeziehungen. Es ist die Generation der um 1950 Geborenen, die in den 70er und 80er Jahren die neuen Ansätze der Sozio- und Stadtteilkultur trägt." (S. 78).
8. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD vom 25. 4. 1990, BT-Drs. 11/6971.
9. Ebd., S. 2.
10. Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Kulturkooperativen und freien Gruppen u.a. (Hrsg.), Forderungen und Empfehlungen für eine Strukturhilfe Soziokultur in den neuen und alten Bundesländern, "Wiepersdorfer Erklärung", Dortmund u.a. 1992.
11. Vgl. Grit Hanneforth, Das Weiterbildungsangebot "Soziokultur-Management" in Sachsen. Ein Baustein für die Zukunftsfähigkeit der Soziokultur, in: Informationsdienst Soziokultur, Nr. 31, Essen 1997, S. 12ff.
12. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD (Anm.8), S. 1f.
13. Außer in Berlin; Sachsen-Anhalt hat eine "gebrochene" Verbandsgeschichte im Bereich Soziokultur: Der zunächst gegründete Verband hatte keinen Bestand, im Herbst 2002 wurde ein neuer gegründet, der auch schon Mitglied der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. ist.
14. Vgl. Waldemar Ritter, Kultur und Kulturpolitik im vereinigten Deutschland, hrsg. vom Deutschen Kulturrat, Kulturpolitik - Dokumente, Bd. 1, Bonn - Berlin 2000, S. 46.

15. Uta Karstein, Ferner Osten? Biographische Zugänge zur ostdeutschen Soziokultur, Potsdam 2002, S. 118.
16. Vgl. Norbert Sievers, Soziokultur - eine Erfolgsgeschichte? Anmerkungen zur programmatischen und faktischen Positionsbestimmung, in: Handbuch KulturManagement, Stuttgart u.a. 1996, S. 13.
17. Vgl. Tobias J. Knoblich, Stichwort "Soziokultur", in: Gerd Koch/Marianne Streisand (Hrsg.), Wörterbuch der Theaterpädagogik, Milow - Berlin 2003.
18. Vgl. Tobias J. Knoblich, Kulturelle Substanz. Einigungsvertrag und gegenwärtige Kulturpolitik, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 99/2002, S. 35ff.
19. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU vom 24. August 2000, BT-Drs. 14/4020.
20. Ebd., S. 10.
21. Ebd., S. 10.
22. Die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. mit Sitz in Potsdam führt seit 1992 entsprechende Befragungen unter den Mitgliedseinrichtungen durch. Auf ihrer Homepage (www.soziokultur.de) ist dazu ein allgemeiner statistischer Überblick abgebildet, ländergenaue Daten können bei den Landesverbänden oder der Bundesgeschäftsstelle nachgefragt werden.
23. Vgl. LAG Soziokultur Sachsen e. V./Sächsisches Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Soziokultur in Sachsen. Ein gesellschaftliches Experimentierfeld, Dresden 1998, S. 153ff., 195ff.
24. Simone Hain, Die Salons der Sozialisten. Geschichte und Gestalt der Kulturhäuser in der DDR, in: dies./Stephan Stroux (Hrsg.), Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR, Berlin 1996, S. 107.
25. Ebd., S. 146.
26. W. Engler (Anm. 1), S. 199.
27. Ders. (Anm. 2), S. 33.
28. Fokus-Institut Halle, Blitzlicht in Halle. Soziologisch-empirische Studie, Halle 2002, S. 23.
29. Wolfgang Thierse, Kultur macht Sinn!, in: Hilmar Hoffmann/Wolfgang Schneider (Hrsg.), Kulturpolitik in der Berliner Republik, Köln 2002, S. 24.
30. Vgl. Adalbert Evers/Ulrich Rauch/Uta Stitz, Bürgerengagement - ein wesentlicher Bestandteil von Konzepten für die Zukunftssicherung öffentlicher Dienstleistungen, in: Rolf G. Heinze/Thomas Olk (Hrsg.), Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen 2001.